DIE NATIONALITÄTENPOLITIK DER HABSBURGER DONAUMONARCHIE*

Der Stand der Forschung

Von Karl Bosl

Wer sich mit dem Thema der Nationalitätenpolitik der Habsburger Donaumonarchie befaßt, fragt ganz primär nach den Ursachen der Auflösung dieses Vielvölkerstaates (= multinational empire, wie Robert Kann sein Buch betitelte), nach seiner inneren und äußeren Struktur, nach den integrierenden und auflösenden Kräften und Formen; er stellt sich vor allem die Frage, ob der Zusammenbruch dieses jahrhundertealten und — wie viele Leute meinen — auch bewährten Reiches sowie das Nachlassen seiner völkerverbindenden und europakonstitutiven Funktion durch die Krise des Ersten Weltkrieges und die Niederlage der Mittelmächte Deutschland und Habsburgerreich gewaltsam, zwangsläufig, schicksalhaft herbeigeführt wurde, oder ob sich dahinter ein tiefgreifender gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer Verwandlungsprozeß verbirgt, der durch die Krise des Ersten Weltkrieges virulent wurde und sich nicht nur militärisch-politisch, sondern auch gesellschaftlich und revolutionär ausgewirkt und entladen hat. Mit anderen Worten: wir müssen an die vordergründig-unmittelbaren wie an die langzeitlich-hintergründigen Voraussetzungen und Zusammenhänge, Ursachen und Prozesse, an deren Komplexität denken, wenn wir uns ein historisches und halbwegs sicheres Urteil über den Zusammenbruch der Habsburger Donaumonarchie und vor allem über deren Nationalitätenpolitik bilden wollen. Für diese Fragen besteht sowohl in der nationalen wie europäischen und gesamtwestlichen Geschichtsschreibung in den letzten beiden Jahrzehnten ein lebhaftes Interesse. Bei den Völkern Ost- und Südostmitteleuropas, jedenfalls bei ihren Intellektuellen zuhause und in der Emigration, ist eine mehr oder minder tiefgehende Nostalgie in der Rückbesinnung auf ihre eigene Geschichte im Rahmen der Donaumonarchie eingetreten und festzustellen. Auf ihrer Suche nach Ordnungsformen und Ordnungsprinzipien für politische Neugestaltungen der Welt wie Europas haben normative und vergleichende Wissenschaften wie die historische und verstehende Politologie (Kann) und Soziologie wiederholt schon auf den Modellcharakter der alten Donaumonarchie aufmerksam gemacht. Lassen Sie mich einige Worte zu den Motiven unseres modernen Interesses an dem Vielvölkerstaat der Habsburger sagen, dessen Lehren die Erste ČSR nicht ungestraft ignorierte.

Nach dem unconditional surrender des Zweiten Weltkrieges, dem Zusammenbruch des europäischen Systems der Verträge von Versailles, St. Germain und

* Vortrag, gehalten auf einer Ostkundetagung in Bad Harzburg im Mai 1978.

Trianon und im Blick auf das Disaster eines übersteigerten gesamteuropäischen Nationalismus wuchs unter den Europäern die Reaktion gegen die selbstzerstörenden Kräfte des integralen Nationalismus, wie Eugen Lemberg gesagt hat; gemeint war ein Nationalismus als höchster menschlicher Wert, als intolerante Extremhaltung. Im Zuge dieses Umdenkens besann man sich auf den multinationalen Charakter der Donaumonarchie und die guten alten Tage von Kaiser Franz Josef, den man sogar als „liberalen Tyrannen“ gelten ließ (Lupinacci, Corriere della Sera). Auffälligerweise erwachte dieses Interesse vor allem bei den Söhnen und Töchtern der Emigranten und Flüchtlinge aus Osteuropa in der Neuen Welt, aber auch bei den volksdeutschen Heimatvertriebenen aus CSR, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, die sich in Westdeutschland niedergelassen hatten. Unterdessen aber erkannte man, daß das Habsburg-Problem und seine Nationalitätenpolitik allgemeinen Modellcharakter für die Integration von Völkern, die nicht nur national verschieden sind, sondern sich auch durch einen weiten Abstand historischer Traditionen, ihres Lebens- und Kulturstandards und ihrer Psychologie und Mentalität unterscheiden, in eine geschlossene politische Einheit besitzt. Dieses Problem ist aber heute weltweit. Schon Karl Kraus hat — wenn auch zu pessimistisch — Österreich „eine Experimentieranstalt für Weltuntergänge“ genannt; positiv gewendet, kann man heute mit Henry Kissinger sagen „ein Modell für eine neue Weltordnung“. Die globale Welt von heute hat nämlich dieselben Probleme wie die Donaumonarchie und die lauten: Wie können total voneinander verschiedene Völker in *Frieden* miteinander leben und sich über ihre widerstreitenden Interessen verständigen. Ein Blick in die Massenmedien zeigt uns das Tag für Tag. Die Donaumonarchie und ihre Nationalitätenfragen haben aber auch wissenschaftlichen Modellcharakter für eine moderne vergleichende Geschichte des 18., 19. und 20. Jahrhunderts in Europa und der Welt. Es ist Zeit, die modernen Erkenntnisse und Ergebnisse der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte (Soziologie, Wirtschaft und Psychologie unter verstehendem historischen Aspekt) auf die Nationalitätenprobleme des Habsburger Reiches anzuwenden und die Entwicklung der einzelnen Nationalitäten unter vergleichenden Aspekten zu analysieren und zu beurteilen. Es galt und gilt, die alten Grundlagen nationaler Geschichtsschreibung und die monolithische Behandlung der Einzelnationalitäten zu überwinden, aufzugeben. Ich rede vor allem auch einer biographischen, individuellen wie kollektiven Analyse der Nationalitäten das Wort; dabei kann es sich nicht nur um den sogenannten großen Mann handeln, sondern auch um Personen des Mittelstandes der Unterschichten. An individuellen Biographien läßt sich die Fluktuation zwischen den Nationen, ein wichtiges Problem der Interdependenz, am anschaulichsten darlegen. Gar manche in ihrer Jugend fanatischen Irredentisten traten nach der Militärzeit in den öffentlichen Dienst ein und wurden im reifen Alter loyale Hofräte. Es wurden allerdings auch aus ursprünglich loyalen Leuten glühende Nationalisten.

All das Gesagte will klar machen, daß Einzeluntersuchungen unter neuen Aspekten die integrativen und desintegrativen Kräfte des Vielvölkerreiches untersuchen müssen. War die Geschichtsschreibung der einzelnen Nationen der Monarchie bis in die Mitte unseres Jahrhunderts hinein wesentlich national, ja nationalistisch,

und waren Nationalidee und moralischer Wert des Nationalgefühls bis dahin niemals Gegenstand analytischer kritischer Forschung, so stehen heute auch unsere eigenen historischen Studien nicht mehr unter dem Eindruck nationaler Gruppeninteressen. Der Wandel der nationalen Ideen, Symbole, Hymnen, Feiern, Monumente, der Sprachgesetzgebung für ethnische Minderheiten und der Einfluß von Universitäten, Akademien, Schulsystemen auf die Bildung nationalen Bewußtseins steht im Zentrum der Forschung, die vergleichend den ost- und westeuropäischen Nationalismus untersucht. Der Nationalismus ist in den Augen der Historiker und Politiker nicht mehr *die* aktive Kraft im Geschichtsablauf.

Wenden wir uns nach diesen Überlegungen kurz der Frage nach den Ursachen des Zusammenbruches des Vielvölkerreiches zu, so können wir heute dafür nicht mehr den Nationalismus, die Nationalitätenproblematik allein verantwortlich machen, auch wenn wir Nationalismus ohne moralische Wertung nur als Ideologie aufsteigender moderner Nationen, nationaler Bewegungen und nationaler Gruppen oder überhaupt nur als Prozeß für sich verstehen. Die Nationswerdung in Ostmittel- und Südosteuropa war seit dem 18. Jahrhundert vornehmlich ein gesellschaftlich-sozialer Prozeß und die grundlegende Frage war, ob die Habsburger Monarchie und ihre Nachfolgestaaten imstande waren, sich mit diesem großen Umbruch zu identifizieren, dessen Grundelemente Fundamentaldemokratisierung, Säkularisierung, neue Öffentlichkeit und neues Herrschaftsverständnis waren. In diesem Wandel vollzog sich der Übergang von der alten privilegierten Feudal- zur modernen industriellen Klassengesellschaft, in der alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktive Teilnahme erkämpften oder erhielten. Die Entfaltung moderner Nationalgesellschaften in Ostmittel- und Südosteuropa war ebenso in einen weltweiten gesellschaftlichen Wandlungsprozeß eingebettet, wie die Nationalstaatsbildung des 19. Jahrhunderts im ganzen. Der moderne Nationalstaat und sein Nationalismus wurden überhaupt erst in der europäischen Massengesellschaft des 19. Jahrhunderts mit ihren Massen- und Volksparteien und ihrer breitesten aufgeklärten Öffentlichkeit möglich. In Deutschland vollzog sich nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848/49 die Bildung von Parteien, zugleich aber auch die Wendung des Bürgertums von der liberalen Freiheit zur nationalen Einheit; das machte es Bismarck möglich, den Nationalstaat als Erfüllung bürgerlicher Sehnsüchte und durch Ausschaltung des Vielvölkerprinzips der Habsburger Donaumonarchie zu gründen; freilich wurde auch sein zweites Reich kein innerlich ausgewogener Nationalstaat. Jedoch wurde in der Donaumonarchie mit Unterstützung russischer Truppen der bürgerliche Liberalismus 1848/1849 unterdrückt; weil eine nationale Einigung im Staate nicht möglich war, blieb nach der Trennung vom werdenden deutschen Nationalstaat (Königgrätz — Prager Frieden) zunächst kein anderer Ausweg als der deutsch-ungarische Ausgleich von 1867, der die deutsche Vorherrschaft durch das ungarische Gewicht zu verstärken versuchte und damit die Slawen, voran die Tschechen, vergrämte. So unterband das neoabsolutistische System des Kaisers Franz Josef zwar die Freiheit des bürgerlichen Liberalismus, weckte aber vor allem das nationale Bewußtsein und Streben der Slawen und impfte ihnen einen gefährlichen Unabhängigkeitsdrang und eine Sehnsucht nach nationaler Einheit und Freiheit ihrer Völker ein. So kam

es auch, daß der Zusammenbruch der Donaumonarchie von Revolutionen innerhalb der auseinanderfallenden Teile, bei Österreichern, Ungarn und vor allem Tschechen, begleitet war, die die Gesellschaft veränderten, den alten Adel aus seiner Führungsstellung verdrängten, ihn überhaupt als Stand beseitigten und durch nationale Bodenreformen die Voraussetzungen für eine nationale demokratische Gesellschaft zu schaffen suchten. Auf der ganzen Welt, nicht nur in Österreich und Deutschland, wurden und waren die gesellschaftliche Emanzipation der Mittel- und Unterschichten der Völker (d. h. derer, die bislang nicht zu den privilegierten Ständen gehört hatten) sowie ihre Integration in moderne nationale Gesellschaften der große unabweisbare historische Trend.

Eine aufsteigende nationale Gesellschaft tritt dem bestehenden Staat nicht immer feindlich gegenüber, wie es in den böhmischen Ländern seit ca. 1890 mit dem Aufstieg der Jungtschechen der Fall war. Nicht jede ethnische Gruppe oder mittelalterliche „natio“ ist eine moderne nationale Gesellschaft geworden; bei den Slowaken dauerte es sehr lange und die Deutschen der böhmischen Länder sind sich ihrer Zusammengehörigkeit erst nach dem Mißlingen des Anschlusses 1918/19, vielleicht erst durch die politische Sammlungsbewegung der Sudetendeutschen Partei, ganz bewußt geworden. In West- und Osteuropa wurden heterogene ethnische Gruppen und politische Territorien (Belgien) oft durch Dynastien zu Nationalstaaten vereinigt. Noch heute lernen viele Kinder ihre Nationalsprache erst in der Schule, da sie zuhause nur ihre regionalen Dialekte sprechen und die Nationalsprache als Fremdsprache empfinden. Der Frühkapitalismus und die gesellschaftlichen Revolutionen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts brachten die westeuropäischen nationalen Monarchien erst dazu, allmählich stärkere Bindungen zu entwickeln, die zur allmählichen Integration der Mittelschichten und später der ganzen Bevölkerung in moderne Nationen oder Nationalgesellschaften führten. Gerade die Integration ihrer verschiedenen ethnischen Gruppen in eine politische Einheit wurde zur Lebensfrage der Habsburger Donaumonarchie. Ich neige zu der Auffassung, daß einer der Hauptgründe, wenn nicht *der* Hauptgrund für das Versagen der habsburgischen Dynastie und der österreichischen Monarchie in der Entwicklung innerer Bindungen ähnlich denen der westeuropäischen Nationalstaaten, nicht in der besonderen Form der Kernlande des österreichischen Reiches seit dem 16. Jahrhundert, noch auch in der starken Stellung seiner konstitutiven Teile, vorab der Königreiche Ungarn und Böhmen, lag, die diese als mittelalterliche Nationalmonarchien genossen, sondern darin, daß die Habsburger niemals den Versuch machten, ihren Hausbesitz in eine Art westeuropäischer Nationalmonarchie zu verwandeln und alle Ansprüche auf einen höheren Standard, als ihn die anderen europäischen Staaten innehatten, aufzugeben. Der Universalismus des Heiligen Römischen Reiches überforderte die Monarchie der Habsburger. Man kann nicht übersehen, daß vor 1866 die Habsburger Dynastie ihre Interessen nicht ausschließlich und oft nicht einmal in erster Linie auf die Reichsländer konzentrierte, die sich 1918 voneinander trennten. Ich möchte nur anführen, daß für einen Kampf um die Hegemonie in Deutschland gegen Preußen und teilweise auch die Mittel- und Kleinstaaten die Kräfte Habsburgs überfordert waren, umso mehr als sich die habsburgische Regierung niemals entscheiden konnte, ob sie ein echter Teil des deutschen

Nationalstaats werden oder draußen bleiben wollte. Das aber hinterließ dauernde Spuren in der internationalen Entwicklung Österreichs.

Die oft berufene Loyalität der österreichischen Bürokratie und des habsburgischen Heeres bis zum förmlichen Zusammenbruch der Monarchie 1918 lassen die Vorstellung zu, daß eine moderne österreichische Gesellschaft im Sinne des 18. Jahrhunderts, nicht das Nachkriegsösterreich, hätte entstehen können. Sicherlich war es aber 1848 oder 1866/67 für einen Umbau des Staates schon zu spät. Es könnte sehr wohl sein, daß die Donaumonarchie nicht wegen des virulenten Nationalismus ihrer Völker, sondern wegen ihres Unvermögens zusammenbrach, eine eigene Nationalidee im Zuge des dynamischen Wachstums der modernen kapitalistischen Gesellschaft zu entwickeln. Man denkt an das Wort von Graf Taaffe über das „Fortwursteln“, das zeigt, daß man an einen notwendigen Umbau und eine wirkliche Lösung der Probleme nicht dachte; im Gegensatz zur dynamischen Mobilität der modernen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts verharrte die habsburgische Politik in statischem Konservatismus. Die Entwicklung einer modernen Gesellschaft, den sozialen Fortschritt der früher nichtprivilegierten Stände und Klassen und ihre soziale Integration konnte man verlangsamen, aber nicht aufhalten. Der unvermeidliche soziale Wandel lag darum auch nicht im Interesse des Habsburger Reiches, sondern führte im Gegenteil zu zerstörerischen Konflikten und erwies sich letztlich als auflösende Kraft. Österreichische Politik geriet im Laufe des 19. Jahrhunderts in Konflikt mit verschiedenen sich ausweitenden nationalen und nationalistischen Bewegungen, deren natürliche Zentren außerhalb der Donaumonarchie lagen (Italien, Deutschland, Serbien, Rumänien). Diese bedrohten aber nicht nur die Integrität, sondern geradezu die Existenz der Donaumonarchie. Preußen und das Deutsche Reich, seit 1871 Nationalstaat, konnten recht und schlecht die bei den Teilungen des 18. Jahrhunderts erworbenen Polen absorbieren; trotzdem blieb die polnische Frage eines der ernstesten Probleme der Innenpolitik. Aber das Habsburger Reich war dazu nicht imstande; die ungarische Frage, die ursprünglich die Bildung eines ungarischen und dann im 19. Jahrhundert die eines madjarischen Nationalstaates beinhaltete, versetzte allen Anstrengungen um eine multiethnische Lösung des Nationalitätenproblems im Habsburger Reich als Ganzem tödliche Schläge. So war dessen Zusammenbruch nur das logische Ergebnis der Unfähigkeit der Monarchie, eine eigene Idee von einer modernen Gesellschaft zu entfalten.

Wo immer eine Anzahl moderner nationaler Gesellschaften in ein Reich eingliedert war, wurde es unmöglich, eine solche Entwicklung auf die ethnisch-kulturelle Ebene zu beschränken und die Formulierung politischer Nationalstaatsprogramme zu verhindern, ganz gleich ob sie die volle Souveränität anstrebten oder nicht. Es fiel nicht ins Gewicht, wenn die unteren Schichten einiger großer und bedeutender ethnischer Gruppen 1918 noch nicht in moderne nationale Gesellschaften integriert waren oder dieser Prozeß beim Zusammenbruch noch nicht abgeschlossen war; entscheidend blieb, daß der Trend dazu unaufhaltsam wurde. Die Unfähigkeit, sich ein eigenes Nationalkonzept zu schaffen, war im Donaureich ein günstiger Nährboden für die Bildung mehrerer moderner Nationalgesellschaften, die einer nationalstaatlichen Grundlage entbehrten. Das war nach 1867 in Zisleitha-

nien der Fall, dagegen versuchte in der östlichen Reichshälfte die ungarische Regierung eine knallharte Nationalstaatspolitik zu forcieren. Ein Vergleich der ungarischen Voraussetzungen mit der tschechischen Lage 1800, 1900, 1914 und die Entwicklung der polnischen und ukrainischen Nationalkulturen in Galizien bestätigt offensichtlich obige Feststellung. Die Bildung moderner nationaler Gesellschaften auf österreichischem Boden war nur möglich, weil jegliche positive und dynamische österreichische Politik fehlte, weil diese mehr Resignation als politischen und ideellen Aktivismus ausstrahlte. Ich möchte hier die Frage gar nicht aufwerfen, ob das mittlere Donaubecken der Habsburger Monarchie günstige Voraussetzungen für eine harmonische wirtschaftliche, ja auch politische Einheit bot, inwieweit nationale Einheit wesentlich durch geographische Gegebenheiten gefördert wurde (Berge, Flüsse), und ob ein supranationaler Staat sich lediglich durch Gewährung kultureller Autonomie und wirtschaftlicher Einheit bewerkstelligen und erhalten läßt. Jede internationale oder supranationale Organisation enthält so viele und komplexe historische und menschliche Gegebenheiten, daß eine Einbahnerklärung zu keinem rechten Ergebnis führt (vgl. Europäische Einigung!). Die Schweiz ist kein multinationaler Staat, sondern trotz ihrer multilingualen und multiethnischen Zusammensetzung ein einheitlicher Nationalstaat. Alle modernen nationalen Phänomene: Nationalbewegungen, Nationalbewußtsein, moderne Nationen, nationale Gesellschaften sind so subjektiv, zeit- und situationsbedingt, enthalten so viele politische Aktivitäten, daß wir nicht nur linguistische, kulturelle oder ethnographische Dinge darunter verstehen können, daß der Gehalt von Worten wie Volk, Nation, Heimat, Land, Region nicht ewig, unveränderlich, objektiv, unhistorisch sein kann; man denke nur an die nationalistische Blut- und Bodentheorie und den Irrationalismus des Dritten Reiches. Der Unterschied zwischen ethnisch und national sollte noch klarer fixiert werden. Zudem ist zu sagen, daß die mittelalterlichen nationes nicht identisch sind mit den modernen nationalen Gesellschaften und daß viele Übergangsstufen zwischen beiden zu beachten sind. Für eine klare Erkenntnis der modernen „Nation“ entscheidend ist das Wissen um die jeweilige gesellschaftliche Struktur jeder nationalen Bewegung oder Gesellschaft, um die subjektiven Attitüden verschiedener gesellschaftlicher Klassen und Gruppen zu der Einzelbewegung oder -gesellschaft, denn nur so können wir den Einfluß von Nationalitätsfragen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik und Ideologie abschätzen; denn noch Anfang des 20. Jahrhunderts waren große Gruppen im Donaureich noch nicht voll in die nationale Gemeinschaft integriert, zu der sie eine starke ethnische Beziehung hatten; andere lokale, regionale und nichtnationale Bindungen waren oft viel stärker als nationale. Da waren zwei- und mehrsprachige Gebiete oft sehr weit entfernt von den wichtigsten nationalen Zentren; diese Nichtintegration aber war ein Zeichen für den Mangel an Reife bestimmter nationaler Gruppen.

Wenn wir nun den Versuch machen, die bindenden, zentripetalen Kräfte der Habsburger Monarchie und ihrer Reichsidee zu skizzieren, dann stoßen wir historisch gesprochen zuerst auf die gemeinsamen Institutionen von der Zeit ihrer Vereinigung mit Ungarn, Kroatien und Böhmen 1526/27 bis zur Thronbesteigung der Kaiserin Maria Theresia 1740. Dabei stand die allmähliche organisatorische Vereinheitlichung der habsburgischen Erbländer gewissermaßen obenan, insbeson-

dere die Verwaltungseinrichtungen der Monarchie. Es ist interessant festzustellen, daß weder vor noch nach 1914 sich slawische und madjarische Historiker und Literaten mit der Reichsidee der Donaumonarchie befaßten, sondern sie nur als vages Konzept zur Propaganda für die ursprünglich österreichisch-deutschen Erbländer der Habsburger Monarchie, ihre Dynastie und ihre Palladine werteten. Jede Idee, auch eine Reichsidee, ist eine Abstraktion, die wir mit Faktoren wie Land und Volk sowie anderen Voraussetzungen erst in Beziehung bringen müssen, um daran ihre Verwirklichung in einem Reich abzulesen. Außerdem ist Dynastie nicht nur Verkörperung der monarchischen Regierungsform, sondern auch personale Repräsentation und Träger der Souveränitätsidee. Die Verbindung von Idee und Wirklichkeit in der habsburgischen Reichsstruktur haben in klassischer Weise Oswald Redlich an der Monarchie des 18. Jahrhunderts und Josef Redlich am Habsburger Reich des 19. Jahrhunderts gezeigt. Für Oswald Redlich waren Entfaltung der Reichsidee und erfolgreicher Integrationsprozeß in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts primär verankert in der Gemeinsamkeit von außenpolitischen Interessen (Zusammenbruch des Türkenreichs auf dem Balkan). Für J. Redlich war die Krise der Reichsidee zwischen 1848 und 1867 und die dabei vorbereitete Auflösung das Ergebnis des fragwürdigen Charakters gemeinsamer heimischer Interessen. In Wirklichkeit gab es also eine endgültige Reichsstruktur in der Donaumonarchie nur drei Generationen lang. Vor Maria Theresia (vor 1740) verdeckten die Bindung der habsburgischen Erbländer an das Heilige Römische Reich und die neugewonnenen unzusammenhängenden Domänen der kaiserlichen Familie in Italien und Belgien den ganzen Inhalt der Reichsidee; dazu machte die Koordination der Verwaltung der österreichisch-deutschen Erbländer *und* der Reiche der böhmischen, ungarischen und kroatischen Krone in den 200 Jahren zwischen den bedeutenden Verwaltungsreformen Ferdinands I. und Maria Theresias nur ganz geringe Fortschritte. Nur der österreichische Erbfolgekrieg klärte in gewissem Sinne die Szene. So bestand die Idee eines habsburgischen Reiches 1748 ihre Probe; hundert Jahre später, 1848, bestand aber die Reichsidee eine allerdings noch größere Prüfung nicht. Im Sog der revolutionären Bewegung von 1848/49 wurde Österreich aus Deutschland und Italien vertrieben und mußte einen weitreichenden Kompromiß mit Ungarn eingehen, um zu überleben. Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 war eine konstitutionelle Revision, die man gerecht beurteilen muß. Dieser Kompromiß mußte bei anderer Wetterlage der Großmachtpolitik keinesfalls zum Bruch der Union zwischen Österreich und Ungarn führen. In Wirklichkeit bedeutete freilich dieser Kompromiß das Ende von politischer Theorie und Praxis des Donaureiches. Die längste Zeit zwischen 1526/27 (Union Ungarns, Kroatiens, Böhmens mit den Erbländern) und 1918 (Auflösung der Monarchie) war die habsburgische Reichsidee als Idee einer verfassungsmäßigen Einheit heiß umstritten.

Ihren eigentlichen Sinn gewann diese Reichsidee durch die Verbindung mit der habsburgisch-dynastischen Idee. Die Habsburger übten entscheidenden Einfluß auf die Gestalt der Reichsidee aus; darüber sind sich die Historiker einig. Die vier Länder waren durch vier politische Heiraten geeint worden (1477 Maximilian I. und Maria v. Burgund; 1496 Philipp der Schöne und Johanna v. Kastilien-Aragon; 1515 und 1516 Doppelhochzeit zwischen den Nachkommen Jagiello und Habs-

burgs). Erst 1804 wurde das österreichische Reich gesetzlich existent. Im ganzen überlebte die 1526/27 geschaffene (Personal)Union der österreichisch-deutschen Kronländer Böhmen, Ungarn, Kroatien bis 1918; sie wurde sogar identisch mit der „Reichsidee“, dem Konzept des Habsburgerreiches. Seit dem 16. Jahrhundert versäumte aber Habsburg eine Expansionspolitik nach dem Osten, es starrte wie gebannt auf eine Großmachtspolitik im Westen, in Europa; das führte zu den Kriegen mit Frankreich, Spanien, Venedig, Preußen und einzelnen deutschen Staaten. Der Krieg mit Preußen hatte fast nichts mit Ostproblemen zu tun. Im Osten aber handelten die Habsburger weit mehr als Treuhänder der europäischen Gemeinschaft christlicher Staaten (Türkenkriege) als in eigenem Interesse und Recht; sie fühlten sich als Träger einer großen Mission. Vom Beginn des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts waren Reichsidee, Kultur des Hofes und Adelsgesellschaft primär westlich orientiert, d. h. vor allem französisch-italienisch-spanisch stilisiert. Aber ab ca. 1750 nahm der deutsche Einfluß überhand. Dieser Wandel zur Identifikation mit deutscher Kultur benachteiligte die östlichen Völker des Habsburger Reiches, die nun nach der Inkorporation zahlreicher Polen und Ruthenen in die Monarchie eine klare Mehrheit der Reichsbevölkerung ausmachten (1910 wohnten 46,1 % Deutsche, Madjaren und Italiener, 53,6 % Slawen und Ruthenen in Österreich-Ungarn).

Als Ergebnis ihrer höheren Leistungen gewannen die Deutschen ein gesellschaftliches, kulturelles und politisches Übergewicht, die Dynastie machte eine dementprechende Politik. Wesentlich war auch, daß das Deutsche eine spezifische Sprache und Kultur darstellte, während der Slawismus in den Augen des Westens nur ein verschwommener Gattungsbegriff für mehrere verschiedene nationale Gruppen war. Der Name Madjaren umfaßte einen zu kleinen Prozentsatz der Bevölkerung Ungarns und war als kulturelle Grundlage der Reichsidee ungeeignet. Die genuine slawische Kultur, die großen Leistungen der Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten, Serben und Ruthenen mußten erst den Westeuropäern, vor allem im deutschen Umkreis, bekannt werden. All das geschah in der slawisch-slawnischen Kulturrenaissance um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Als Folge davon bekämpften die Slawen die kulturelle und politische „Überheblichkeit“ der Deutschen, die diese aus ihrem kulturellen Standard ableiteten; bestreiten konnten die Slawen diese Tatsache nicht. Die habsburgische Reichsidee aber war kein homogenes Spiegelbild und Symbol für das geographische, gesellschaftliche, politische Profil der verschiedenen Völker in der Monarchie, das vor allem für die Majorität der Bevölkerung annehmbar war. Angeblich konnte nur ein monarchisches System mit einer starken historischen Tradition über allen Nationen stehen und die entscheidend vitale zentripetale Funktion erfüllen. Auf Grund einer solchen Annahme identifizierte man Reichsidee und Dynastie. Die feudalen Bande, die Königreiche und deren Stände bis in das 18. Jahrhundert im Habsburgerreich zusammenhielten, mußten in moderner Zeit in Bindungen verwandelt werden, die auf dem Prinzip der Koordination zwischen Menschen und Völkern und nicht auf begrenzter Unterordnung von Staaten unter einen Souverän beruhten. Die Hauptfrage war, ob die Dynastie einen „internationalen“ Charakter annehmen konnte, oder ob sie spezifisch deutsch blieb; tatsächlich hatte sie immer engste Beziehungen zum deutschen Kultur- und Sprachraum. In der Neuzeit überwogen bei Hof spanische und italie-

nische Einflüsse, im 18. Jahrhundert auch französische. Der erste österreichische Herrscher war Franz I. und unter dem Eindruck der Freiheitskriege trat eine Hinwendung zum Deutschen ein, was nicht nationaldeutsch bedeutete. Die Identifikation der habsburgischen Dynastie mit der deutschen Verwandtschaft wurde im Endstadium des Nord-Süd-Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland unter Kaiser Franz Joseph offenbar. Dieselbe politische Philosophie bewegte auch seinen Erben, den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand. Ihr galt die Führung in Bürokratie und Armee durch einen gemäßigten deutsch geleiteten *Zentralismus*, frei von nationalistischen Schlagworten als gegeben; Franz Joseph und sein Sohn billigten die Zusammenarbeit mit anderen Nationen auf gleicher Grundlage, allerdings nur als Ersatz für die schwindende deutsche Führung. Das gilt auch für den madjarischen Primat in Ungarn. Aber der deutsch-österreichische Führungsanteil zusammen mit den Madjaren war nur ein Ersatz, keine Lösung. Vielleicht hat erst der letzte tragische Kaiser Karl in den zwei Jahren seiner Regierung einen echten Schritt weg von primär deutscher und subsidiärer madjarischer Führung tun wollen. Der maßvolle deutsch gelenkte Zentralismus sowohl nach den Verwaltungsreformen Maria Theresias wie unter Franz Joseph ruhte auf der Stärke der Tradition, auf rational-administrativer Zweckmäßigkeit und vielleicht auf richtiger übereinstimmender Meistbegünstigung. Während ihrer langen Regierung waren die Habsburger keine aggressiven Nationalisten. Ihr Vorgehen gegen Böhmen nach Biela Hora und gegen die Ungarn nach der Kapitulation von Villagos war eher eine Antwort auf nationalistische Aktionen als Ausdruck nationaler Bevorzugung.

Die Haltung der Regierung zum Nationalitätenproblem war im 18. Jahrhundert eine andere als im 19. Jahrhundert, und zwar auf Grund gewisser Konzessionen an den Wandel der Mentalität wie der Situation. Das parlamentarische System, wie es sich zwischen 1867 und 1907 entwickelte, die Einführung der allgemeinen Wahlen in Österreich und die (abhelfende) Gesetzgebung, die für einige Kronländer verordnet wurde, schufen ein maßvolles Korrektiv zur deutsch beherrschten zentralistischen Exekutive, deren Gegenstück in Ungarn allerdings ungebrochen blieb. Abgesehen von der deutschen und madjarischen Frage stand unter Franz Joseph als Hauptproblem die Zähmung des intoleranten Geistes des integralen Nationalismus unter allen nationalen Gruppen in der Donaumonarchie zur Lösung an. Diese Frage kam erst unter Josef II. auf. Die Umbildung in der Donaumonarchie spiegelte nur den unvermeidlichen Trend und Wandel wieder, den die hastige Entwicklung des Nationalismus im 19. Jahrhundert heraufführte. Dieser Entwicklungstrend stellte das Habsburger Reich mitten in die Zeit hinein, tragischerweise kollidierte dieses Reich selber mit dem Geist der Zeit. War der Nationalismus das eine desintegrative Element, so war noch mehr der Verfall der konstitutionellen Macht des Monarchen das zweite. Die gemeinsame Treue-Bindung aller Menschen unter habsburgischer Herrschaft an den Souverän war im 18. Jahrhundert ein Integrationsfaktor von höchster Bedeutung. Im 19. Jahrhundert aber verfiel das Loyalitätsgefühl gegenüber der Krone sehr rasch, wie überhaupt an dessen Ende der harte neue Geist des Massenzeitalters sich allmählich durchsetzte, der die Ausbrüche von Caesarismus und Diktatur viel leichter ertrug als die weniger bedrückenden Einschränkungen der monarchischen Legitimität. In der Ära Kaiser

Franz Josephs war die Stellung einer Großmacht viel mehr von der inneren Regierbarkeit des betreffenden Landes abhängig als in der Metternichzeit. Deshalb war ja das internationale Ansehen Österreich-Ungarns damals so schwach und der integrale Nationalismus schwächte das Habsburgerreich viel stärker als jeden anderen europäischen Staat. Dabei nahm die Donaumonarchie teil an dem industriellen Aufschwung dieser Epoche, am sozialen Aufstieg einer städtischen Mittelschicht, an den Anfängen der Arbeitsorganisation und -gesetzgebung; sie glänzte auch durch kulturelle Leistungen. Aber diese unbestreitbaren Tatsachen schlugen Österreich-Ungarn nicht so zum Vorteil aus wie anderen Mächten, etwa dem Deutschen Reich oder Frankreich, Italien, das ein neuer Rivale wurde, und vor allem Großbritannien in seiner splendid isolation. Man hat zwar mit Recht in letzter Zeit von historischer Seite den sozialen und kulturellen Fortschritt Österreichs unter Franz Joseph hervorgehoben, manchmal auch überschätzt, und die vielen ehrenhaften, wenn auch stückweisen Versuche zur Lösung der Nationalitätenfrage benannt. Die Reichsidee war jedoch wegen ihrer starken Verknüpfung und Identifikation mit dem Heiligen Römischen Reich und dem Deutschen Bund (1815—1866) zu flexibel, zu wenig statisch, zu umfassend, als daß sie eine echte Basis für die ideenpolitische Lösung der Nationalitätenfrage, des Kernproblems des modernen Österreich-Ungarn, sein konnte; dieser Rock war zu groß und dem eigentlichen Reichskörper zu wenig angepaßt, zu wenig auf den Leib geschnitten, zu lange mit dem Hause Habsburg (über 500 Jahre) verbunden. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß in den Ländern unter Habsburgs Herrschaft die Dynastie die wahre Einheit repräsentierte und so einen echten Teil der Reichsidee bildete. Ökonomische Tatsachen allein schaffen noch keine Bindung und Einheit für Jahrhunderte; es muß die Tradition hinzukommen. Eine Dynastie ist ebenso ein Träger von Tradition, wie alle, die ihr den Treueid geschworen oder versagt haben.

Seit 1848 wurde eine Reihe von Reformplänen in habsburgischen Landen durch verschiedene Persönlichkeiten ausgearbeitet, darunter von Fürst Alfred Windischgrätz, Graf Antal Szécsen, dessen Ideen die Reformgedanken des Novemberpatents von 1860 beeinflussten, und Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand. Diese wollten das Reich durch Wiederherstellung seiner früheren Bedeutung für die dazugehörigen staatlichen Einheiten regenerieren. Andere dagegen, wie Ludwig Löhrer, Ognjeslav Utješonovič-Ostrožinski, Walerjan Krasinski, Matija Kavčič und František Palacký, die ihre Reformpläne verschiedenen Repräsentativkörpern 1848/49 vorlegten, dazu auch Liberale der kommenden Zeit wie Aurel Popovici, befürworteten einen Föderativstaat auf der Grundlage des ethnischen Prinzips. Schließlich empfahlen die Sozialisten Karl Renner und Otto Bauer ein System der individuellen Souveränität. Diese Pläne, zu denen auch Baron Josef Eötvös und bis 1914 Thomas G. Masaryk ihren Teil beisteuerten, rieten alle zur Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches. Der Fehlschlag dieser Pläne zusammen mit dem starken Konservatismus der führenden Kreise und mindestens in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den Extremen des deutschen und ungarischen Nationalismus verhinderten die Organisation verschiedener nationaler Gruppen auf niedrigerer Ebene entsprechend ihren nationalen Interessen und auf höherer Ebene gemäß supranationalen Doktrinen. Da die progressiven Kräfte 1848 versagten, blieb die

Frage ungelöst, wie man nationalistische Aspirationen mit den Forderungen politischer Freiheit im Inneren und internationalem Frieden in der Außenpolitik in Einklang bringen könnte. Zudem wandelte sich nach 1848 die Situation ganz merklich zum Schlechteren. Hans Kohn meinte, daß seit dieser Zeit der Nationalismus keinen Teil der volksmäßig-demokratischen Bewegung in Europa mehr bildete, sondern sich auf die neue Macht- und Realpolitik warf, aus der Ideologie heraus, daß Kampf um Macht ein Lebenselixir von Gesellschaft und Geschichte, unter Individuen, Klassen und Nationen sei. Dieser Nationalismus war verschieden von Patriotismus, war eine relativ neue gesellschaftliche Erscheinung. Seine Heimat waren Westeuropa und die Vereinigten Staaten im 18. Jahrhundert, seine Reife erlangte er in der Französischen Revolution und in den Napoleonischen Kriegen. Nationalismus verlangt vom Individuum, daß es seine ursprüngliche und ausschließliche Loyalität ohne Rücksicht auf andere Bindungen dem Nationalstaat, in dem es lebt, und den ideologischen Legitimationen dieser nationalen Forderungen allein vorbehält. Patriotismus gilt dem „Haus“ im weitesten Sinn, der patria als Hausgemeinschaft, Nationalismus aber dem Staate. Wenn nun Österreich kein wirklicher Staat war, dem man im Sinne des Nationalismus ausschließliche Loyalität schuldet, dann verlor der Nationalismus seine bindende Kraft, die er in USA und Westeuropa ausgeübt hatte, für den Vielvölkerstaat der Donaumonarchie. R. Kann hat recht, wenn er meint, daß keine Reform ihn hätte retten können. Nach dem Tode Kaiser Josefs II. lagen der Gedanke des hochzentralisierten Gesamtstaates und das Konzept des Nationalstaates, wofür man im multinationalen Österreich besser Nationalitätenstaat sagt, bereits miteinander in Widerstreit.

Nationalismus braucht Ideologien und theoretische Legitimationen für die Loyalitäten, die er fordert, d. h. er macht Propaganda, anders gesagt Erziehung, nötig, weil der Mensch von Natur aus ausgesprochen loyal nur zu besonderen Gruppen, aber nicht zur Nation und zum Staate ist, der nur die Summe unpersönlicher Verwaltungseinrichtungen darstellt. Erziehung braucht eine Idee, ein Ideal; für den Nationalstaat war Nationalismus die Idee. Im multinationalen österreichischen Gesamtstaat konnte eine solche Rolle nur eine Art „Internationalismus, ein Gesamtnationalismus, spielen. Es wäre nicht schwieriger gewesen, diese Idee einzuführen, als die alten natürlichen Loyalitäten, einschließlich Patriotismus und Liebe zu den Traditionen, zum gesellschaftlichen Milieu und den Wirtschaftsgemeinschaften, in den Nationalismus der verschiedenen Nationalitäten, unter Habsburgs Herrschaft überzuführen; denn beide neue Loyalitäten forderten eine revolutionäre Abkehr von Form und Inhalt der vorhergehenden gesellschaftlichen und politischen Organisationen. Um diese Völker in einem supranationalen Verband zu einigen, bedurfte es einer synoptischen Idee. Das einzige zusammenfassende Konzept, das angeboten wurde, war für die Völker des Habsburgerreiches Kaisertreue. Doch diese war seit 1848 keine dynamische Kraft mehr und trotzdem war sie das einzige Konzept für die Vertreter der Einheit aller Nationalitäten, des Staates und der Dynastie. In einer zunehmend demokratischen Welt wurde Kaisertreue obsolet. Die neue dynamische Idee des Nationalismus wurde aber von den Eliten der verschiedenen Nationalitäten als Grundgedanke einer neuen Gesellschaft übernommen. Die österreichische Monarchie war so lange angenommen, als des Menschen höchste

Loyalität dem legitimen König galt; sie geriet in Gefahr durch den Wandel von der Dynastie zur Nation. Am besten wußte das Fürst Metternich. Daß die obengenannten Reformpläne mit 1848 einsetzen, hat seinen Grund darin, daß der Nationalismus bei den Völkern der Habsburger Monarchie 1848 schon stark genug war, um diese und sogar ihre konservativsten Denker von der Notwendigkeit einer Reform überhaupt und der Bedeutung des Nationalismus für die Reorganisation des Reiches zu überzeugen. Der Reichstag und die Konstitution von Kremsier kamen schon zu spät und konnten keinen fundamentalen Strukturwandel der Habsburger Monarchie mehr herbeiführen.

Wenn man nach den spezifischen Formen und Trägern der verschiedenen Nationalismen in der Donaumonarchie fragt, dann war der ungarische wie der polnische, die beide traditionalistisch waren, ein aristokratischer; seine Kennzeichen: eine zahlreiche, stolze, konstitutionelle Aristokratie, eine schwache, oft fremde Mittelklasse, eine staatsbezogene Wirtschaft und ein unintellektuelles, politisch noch nicht erwachtes Bauerntum. In den böhmischen Ländern (ČSR) war der Adel ein fremdes Element, aber die deutsche und tschechische Mittelschicht waren recht zahlreich und fähig, ein fortschrittliches Bauerntum und die aufsteigende Arbeiterklasse zu führen; in den italienischen Provinzen Österreichs verlief die gesellschaftspolitische Entwicklung in den Bahnen Westeuropas. In den genannten Gebieten können wir von einem Mittelklassenationalismus sprechen. Die restlichen Nationalitäten in der Monarchie hatten, die Deutschen ausgenommen, weder eine aristokratische noch eine mittelständische Führungsschicht. In Rumänien gab es ebenso wenige Industrielle wie in der Slowakei Handelsherren, in Serbien Bankiers oder bei den Ruthenen Grafen. Hier ging es mit dem Nationalismus viel langsamer voran. Bei den Völkern, die sich 1848 als eigene Nationen verstanden, erwachte zugleich ein egalitärer, demokratischer Geist, ihr Nationalismus war bäuerlich, egalitär. In einem gewissen Gegensatz dazu hatten die Deutschen alles: Adel, Mittelklasse, ein relativ fortschrittliches Bauerntum, eine stetig aufsteigende Arbeiterklasse, sprachliche Vorteile, ein hohes, allgemeines Bildungsniveau und Zugang zu allen Staatsämtern. Aber nicht dies schuf Verwirrung in ihren Reihen; zwei Gründe wurden dafür entscheidend: Die anderen Nationalitäten betrachteten sie als das herrschende Element, auch wenn das in Wirklichkeit nicht der Fall war; denn sie waren mit der Regierungspolitik oft ebenso unzufrieden wie die anderen Nationen, die sie mit der regierenden Schicht identifizierten; aber sie konnten sich niemals entscheiden, ob sie Deutsche oder Österreicher waren; sie fühlten sich oft den anderen Einwohnern der Monarchie überlegen; aber dieses Gefühl entsprang dem Stolz auf die deutsche Kultur, die nicht spezifisch österreichisch war. Als Deutsche identifizierten sie sich mit der Regierung, die aber wiederum österreichisch und nicht deutsch war. So entwickelten sie auch kein spezifisches Nationalgefühl und waren darum für ein System der Einigung noch viel weniger zu gewinnen als die anderen Nationen. Die Unterschiede im Nationalismus aber waren genau so groß wie die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, traditionellen und kulturellen Elemente, die ihn schufen. Es war ein sträflicher Optimismus zu glauben, daß sie ebenso miteinander vereinbar wie einer harmonischen Föderation förderlich wären. Nationalismus war deshalb fast der bedeutendste Faktor der Desintegration im Donaureich. Die Habsburger Mon-

archie als Einheit wurde nie ein wirklicher Staat, nicht einmal in der Form von Österreich-Ungarn. Man muß sagen, daß Zentralismus und Nationalismus in den habsburgischen Ländern fast gleich nachteilig für die alten Institutionen, Traditionen, Gewohnheiten wurden, die noch fest verwurzelt waren. Zusammen konnten die beiden eine Waffe gegen die sein, die nichts von ihren vermeintlichen Rechten abgeben wollten. Die Werte des Nationalismus wurden von den Gegnern der Reichsreform viel früher als von ihren Befürwortern erkannt. Nationalismus nahm darum zuerst eine reaktionäre Form an, war auf eine kleine, aber bedeutende Minderheit beschränkt und deshalb relativ schwach. Die Schwäche dieses frühen Nationalismus äußerte sich in dem allzu raschen Wandel von Opposition zu Loyalität gegen den Herrscher in der kurzen Regierungszeit Leopolds II. Zwischen 1792 und 1815 hätten sich Zentralismus und Nationalismus leicht auf der Ebene von Reich, Staaten und Ländern koordinieren lassen, was niemals unternommen wurde. Da dies nicht geschah, konnte Nationalismus in den verschiedenen Teilen des Reiches uminterpretiert werden; seit 1815 gab es keine Chance mehr für einen Gesamtnationalismus als Basis eines Gesamtstaates. So bildeten sich verschiedene Typen des Nationalismus in den Ländern und Provinzen aus, die es vor 1848 schwierig, danach aber unmöglich machten, dort etwas aufzubauen, was wie innere Einheit aussah oder einer Föderation glich. Jedenfalls erforderte das Wachsen des Nationalismus im Donaureich, wie wir sahen, eine lange Zeit, und sein kritischer Punkt lag viel früher, als man lange glaubte.

Zum Schlusse skizziere ich noch kurz den definitiven Zusammenbruch des Vielvölkerstaates und die gewaltsame Lösung seiner Nationalitätenpolitik durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg. Es war an dessen Beginn klar, daß die Doppelmonarchie nur mit der vollen Unterstützung Deutschlands einen Krieg führen konnte und daß dies den Verlust freier Entscheidung in Politik und Kriegführung bedeutete. Die Führer des Habsburger Reiches mußten dies wissen, sie lebten aber in einer eigenen Traumwelt. Darum tragen sie für den Ersten Weltkrieg genauso viel Verantwortung wie das Deutsche Reich und die anderen Mächte. Die Verluste und Behinderungen des ersten Kriegshalbjahres demoralisierten bereits die Menschen und Völker der Donaumonarchie und änderten auch das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland; letzteres drängte immer mehr auf ein gemeinsames Oberkommando und eine größere Unterordnung Österreichs; die österreichischen Offiziere fühlten sich als Hilfstruppen und Angehörige einer Satellitenarmee. Im Sommer 1916 äußerte sich erstmals offen eine weitverbreitete Illoyalität ruthenischer und tschechischer Truppen, ein verheerender Schlag neben den gewaltigen Verlusten der Brussilow-Offensive. Daraufhin wurde praktisch die ganze Ostfront unter deutsches Oberkommando gestellt und die österreichische Südarmerie erhielt in Hans von Seeckt ihren Generalstabschef. Beim Besuch ihres Außenministers Graf Burián im April 1916 in Berlin bekam die Doppelmonarchie erstmals Einblick in die deutschen Nachkriegspläne. Man wollte den Österreichern die Herrschaft über Polen unter gewissen Bedingungen zugestehen, wozu die deutsche Kontrolle der polnischen Wirtschaft gehörte. Österreich mußte den Deutschösterreichern ihre führende Position in Zisleithanien garantieren und die Doppelmonarchie sollte enger an Deutschland gebunden werden. Der Zweibund sollte

durch eine dauernde quasikonföderierte Struktur zusammen mit einer Militärkonvention ersetzt werden, durch die das Deutsche Reich eine Stimme in der österreichisch-ungarischen Armee erhielt; außerdem sollten die beiden Reiche eine Zollunion bilden, in der Deutschland vermöge seiner größeren wirtschaftlichen Stärke führend sein konnte. Das deutsche Reich bot seinem Verbündeten nicht Partnerschaft, sondern einen kaum verhüllten Satellitenstatus an. Entrüstet wies Österreich diese Vorschläge zurück. Um polnische Soldaten zu gewinnen, verkündeten beide Kaiser im November 1916 ihre Absicht, nach dem Krieg ein Königreich Polen zu errichten.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee in der Brussilow-Offensive führte einen Wechsel in der deutschen Politik herbei. Die Deutschen übernahmen die Verteidigung gegen Rußland und die Kontrolle über Polen (seit Mai 1917); der Doppelmonarchie stellte man den Erwerb von Rumänien in Aussicht, wo Deutschland vor 1914 große Investitionen gemacht hatte; es wurde nichts daraus. Man kehrte 1917 zur österreichisch-polnischen Lösung zurück, jedoch unter entwürdigenden Bedingungen. Als Österreich im Herbst 1917 Friedensverhandlungen einleiten wollte, war die Lage der Donaumonarchie bereits kritisch geworden. Der Kriegausbruch 1914 war in Österreich nicht von dem gleichen Patriotismus begleitet wie anderswo, jedoch ging die Mobilmachung ohne Zwischenfall vorüber und die Bevölkerung unterstützte aktiv die Kriegsvorbereitungen; nur die Tschechen und Ruthenen waren mürrisch ablehnend. Dasselbe Gesicht zeigten auch die Slowenen, aber der Kriegseintritt Italiens machte sie kooperativer. Doch begann das Regierungssystem die Bevölkerung bald schwer zu bedrücken. Man schickte im März 1914 den Reichsrat, in dem die Vertreter der Kronländer und Völker saßen, bereits nachhause und berief ihn unter Franz Joseph nicht mehr ein. Das bürokratische, absolutistische System hatte große Schwierigkeiten, allein mit der militärischen Produktion und der Nahrungsmittelversorgung fertig zu werden. Besonders belastend war das Fehlen eines hochzentralisierten Verwaltungssystems in Österreich-Ungarn. Der größte Hemmschuh einer gemeinsamen Kriegsanstrengung war der österreichisch-ungarische Dualismus. Die ungarische Haltung vergrößerte drastisch die Entbehrungen der Bevölkerung Zisleithaniens. Die Mißstimmung zwischen Deutschen und Madjaren schwoll so an, daß sie 1918 als Feinde auseinandergingen. Dabei hatten sie im deutsch-ungarischen Ausgleich von 1867 die Führung in der Donaumonarchie geteilt. Doch hatte gerade dieser Kompromiß dazu geführt, daß in den Augen der slawischen Völker beim Ausbruch des Weltkrieges die dominante Stellung der Deutschen und Madjaren noch mehr gestärkt erschien; der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg hatte außerdem unvorsichtigerweise von einem Krieg zwischen Deutschen und Slawen gesprochen. Als man in der Doppelmonarchie realisierte, daß der Krieg lange dauern würde, war die Enttäuschung der Menschen über das Hinausschieben aller innerer Reformen allgemein und tief. Der während des Krieges verstärkte Einfluß der Armee auch in der Zivilverwaltung der Länder, besonders in Ostgalizien, Banat, Bosnien, Kroatien und Böhmen, trug ihr den Vorwurf ein, sie verfolge die slawischen Nationalitäten; so wurden Zusammenstöße zwischen Armee und Bevölkerung immer als Nationalitätenkonflikte aufgebauscht. Im Offizierskorps und bei den Berufssolda-

ten gab es auch bis hinauf in die hohen Ränge ein wesentliches slawisches Element. Das Habsburger Reich war zwar in mancher Hinsicht absolutistischer, aber weniger militaristisch als das deutsche Reich. 1916 war die Kampfmoral der Armee tief erschüttert und die Stimmung der Bevölkerung durch Entbehrungen gedrückt. Die Friedenssehnsucht war allgemein, niemand dachte an einen Siegfrieden wie in Deutschland. Die Enttäuschung über das Scheitern der Friedensvermittlungsversuche war unter der Bevölkerung groß.

In ihrer Antwort vom 10. Januar 1917 auf Präsident Wilsons Vermittlungsangebot hatten die Alliierten als ein Friedensziel „Achtung vor den Nationalitäten“ genannt und insbesondere die „Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen und Tschechoslowaken“ apostrophiert. Wilson aber sprach am Ende von „nationaler Selbstbestimmung“, wenn auch nicht wörtlich. Bald darnach traten die USA in den Krieg ein, in Rußland aber wurde im März 1917 die Revolution ausgerufen. Dabei erklangen die gleichen Schlagworte von nationaler Selbstbestimmung, vom Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und Wilsons Formel sprach vom „Frieden ohne Sieg“. Auf revolutionäre Geister machte der Sturz eines autokratischen Regimes in der Kriegssituation einen Eindruck, auch wenn die revolutionären Leute der Doppelmonarchie noch keinen Einfluß hatten. In dem von Kaiser Karl wieder einberufenen Reichstag forderten nur einzelne isolierte Mitglieder die Auflösung der Monarchie; Tschechen und Südslawen verlangten eine Verfassungsreform innerhalb der Doppelmonarchie. Vor der Reichsratssitzung hatten sie gegen die alliierten Kriegsziele mit Österreich-Ungarn protestiert und die Ideen und Aktivitäten T. G. Masaryks und Beneš im Ausland proklamiert. Es war ein Zeichen für die Dringlichkeit der Nationalitätenfrage, daß die großen tschechischen Parteien im Herbst 1916 ihre Spaltung überwinden und übereinkamen, in einem Nationalkomitee und einer parlamentarischen National-Union zusammenzuarbeiten. Sie folgten dem Beispiel, das die Deutschen früher in diesem Jahr gegeben hatten. Und in Jugoslawien trat das nämliche ein, wobei Tschechen und Jugoslawien sehr eng zusammenwirkten. In den Reichsratssitzungen von Mai und Juni 1917 proklamierten Tschechen, Südslawen und Ruthenen die Notwendigkeit der Reorganisation und Umwandlung des Habsburger Reiches in einen Föderativstaat nach nationalen Gesichtspunkten. Noch betrachteten damals alle Leute die Forderung zweier tschechischer Progressiver nach Auflösung des Habsburger Reiches als fantastisch. Die Tschechen verlangten im Reichsrat den Anschluß der Slowaken an den tschechischen Staat und forderten damit Reformen in Zis- und Transleithanien zugleich. Dieser Angriff auf den Reichsdualismus war das Radikalste in dieser Zeit. Doch zeigten die Reichstagsdebatten auch, daß die politischen Führer der Tschechen und Jugoslawen im Exil in der Heimat ihre Politik noch nicht durchzusetzen vermochten. Die Ablehnung jeder Reform durch den Ministerpräsidenten Graf Heinrich Jaroslav Clam-Martinić konnte den raschen Verfall der Autorität der Zentralregierung nicht mehr aufhalten, deren Unfähigkeit, den Krieg zu beenden und die materielle Situation einer hungernden und frierenden Bevölkerung zu lindern, immer offensichtlicher wurde. Der Mißerfolg der Friedensbemühungen Kaiser Karls 1917 machte die Lage hoffnungslos. In den Verhandlungen von 1918 war es dem österreichischen Außenminister Graf Czernin völlig klar, daß er für

weitere deutsche Unterstützung einen hohen Preis zu zahlen hatte, sogar auf Kosten der vollen Souveränität der Monarchie. Da er aber wußte, daß Deutschland nach dem Krieg die meistgehaßte Macht sein würde, hoffte er, daß sich nach einer Erholung Österreich-Ungarns der eiserne, deutsche Griff lockern würde. Graf Burian war härter in seinen Verhandlungen und nicht bereit, sich einem Diktat Deutschlands in der polnischen Frage zu beugen.

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk mit Rußland setzten Entwicklungen in Bewegung, die folgenreicher waren als unfruchtbare diplomatische Verhandlungen zwischen den beiden Reichsregierungen. Die übertriebenen Forderungen der Deutschen hinterließen den Eindruck, daß das imperialistische Deutschland den Frieden sabotiere. Das entzündete den Funken für die gefährliche und weitverbreitete Streikbewegung in Österreich nach dem 14. Januar 1918. Diese Streiks waren nicht nur Proteste gegen die katastrophale Ernährungssituation, sondern verfolgten auch politische Ziele. Es war ein Zeichen dafür, daß die tschechischen Arbeiter fest unter der Kontrolle ihrer politischen Führer waren, daß sie nur einen Demonstrationstreik von einem Tag machten. Die Ziele der Tschechen waren politisch, die Ansprüche der österreichischen Sozialdemokratie aber sozial; für die Tschechen war nationale Freiheit das höhere Ziel, das seinerseits gesellschaftlichen Wandel implizierte. Dieser Wandel, den die tschechischen Mittelklassen und Arbeiter wünschten, wurde in Wirklichkeit nicht als revolutionär angesehen. Da die Wiener Regierung die Not der Massen nicht steuern konnte und der Bolschewismus vor der Türe stand, mußten die besitzenden Schichten in den nationalen Bewegungen eine Garantie für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung sehen und nicht mehr im Habsburger Reich, wie sie es 1848 taten. Die Januarstreiks von 1918 wurden durch den Einsatz der Armee beendet, die zum Teil schon kommunistisch infiziert war. Ein Protest und eine Demonstration war die Meuterei der Flotte am 1. Februar 1918 im Golf von Kotor. Die seit Ende März aus Rußland heimkehrenden Kriegsgefangenen brachten Bolschewismus und Respektlosigkeit gegenüber Autorität und Staat. Scharen von Deserteuren machten das Land unsicher. Seit Mitte Mai löste im Heer eine Meuterei die andere ab. Man mußte deshalb sieben verlässige Divisionen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande stationieren, die dann an der Front fehlten.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1918 gewannen die Verfechter der totalen Auflösung der Habsburger Monarchie unter Tschechen, Slowenen und Kroaten die Oberhand über die Anhänger einer Reichsreform. Im Laufe des Sommers wurden die slawischen Stimmen gegen die Dynastie im Reichstag schärfer, aggressiver, lauter. Tschechen, Jugoslawen, Slowaken näherten dabei ihre Standpunkte einander an und die Verbindungen zwischen den nationalen Führern in der Heimat und denen im Exil wurden intensiver. Der Einfluß der tschechischen und jugoslawischen Exilpolitiker auf die politische Entwicklung ihrer Völker vor 1918 war minimal, wenn nicht gleich Null. Es handelte sich dabei um Intellektuelle mit organisierter Gefolgschaft, aus denen mindestens Masaryk als intellektueller Führer seiner Nation hervorrangt. Sie machten im Ausland Propaganda für die nationale Sache, besonders bei den Westalliierten. Der Aufbau jugoslawischer und tschechischer Truppen (nach der russischen Märzrevolution) gab den Exilregierungen Ansehen bei den Alliierten.

Lloyd George und Woodrow Wilson erklärten in ihren Friedens-Reden am 7. und 8. Januar 1918, daß die Auflösung des Habsburger Reiches nicht zu den alliierten Friedenszielen zählte; das brachte Wilson vor allem in Punkt 10 seines Vierzehnpunkteprogramms zum Ausdruck, wenn auch den Völkern der Doppelmonarchie die freieste Entwicklung ihrer Autonomie garantiert sein sollte. Die Russen machten allerdings ihre Forderung nach einer Wiedererrichtung des Königsreichs Böhmen deutlich und ließen Karel Kramař und alle Tschechen fortan ihre Zukunft von Rußland erwarten. Die westlichen Alliierten aber sprachen in ihrer Propaganda (nur) vom Kampf für Demokratie, dem Krieg für das Selbstbestimmungsrecht und dem Krieg um das Kriegsende. Die schwerste Krise der alliierten Kriegspolitik war der Zusammenbruch Rußlands 1917. Erst darnach wurde die Auflösung des Habsburgerreiches allmählich das große Kriegsziel der Alliierten, da sie hofften, damit Deutschland zu Fall zu bringen. Das wurde vor allem klar durch die De-jure-Anerkennung des tschechischen Nationalkomitees als Regierung. Aber der endgültige Zusammenbruch der Monarchie wurde auf den Schlachtfeldern Frankreichs und des Balkans entschieden. Die Bildung neuer Nachfolgestaaten der Donaumonarchie trug damals wesentlich zum Ausschluß des Bolschewismus aus Ostmitteleuropa und dem Balkan bei. Heute sind alle diese Nationalstaaten Satelliten der russischen Großmacht und Teilmitglieder des Ostblocks, des Comecon. Die Alliierten aber waren bei Kriegsende und Friedensschluß nicht darauf vorbereitet, die Dynamik wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kräfte richtig einzuschätzen; denn diese konnten das System der neuen Ordnung, das in den Pariser Vorortverträgen niedergelegt wurde, unterhöheln. Österreich hatte in dieser neuen ballance of power-Ordnung eine wichtige Ausgleichsfunktion, wenn es wenigstens 1922 diese neue Ordnung als konstruktiven Schlichtungsakt erkannte. Es hat die Chance vertan, eine wichtige Rolle in Mitteleuropa zu spielen, weil es wie Deutschland die Friedensverträge falsch auslegte. Die Tschechen wiederholten aber zu ihrem Schaden ohne verbindende Idee und integrierende Konzepte und Kräfte das Experiment eines Vielvölkerstaates en miniature und scheiterten zusammen mit ihren deutschen Minderheiten, die sie vertrieben, weil sie das Nationalitätenproblem auch nicht zu lösen vermochten.

EINSCHLAGIGE LITERATUR

- Brandt, H. H.: Der österreichische Neoabsolutismus. Staatsfinanzen und Politik 1848—1860. 2 Bde. Göttingen 1978.
- Franzel, E.: Der Donauraum im Zeitalter des Nationalitätenprinzips. Bern 1958.
- Hayes, C. J. H.: The historical evolution of modern nationalism. New York 1949.
- Jaszi, O.: The dissolution of the Habsburg monarchy. Chicago 1929. Hier werden erstmals die aktuellen Beziehungen zwischen der Gesellschaftsordnung und einer feudalen Monarchie analysiert.
- Kann, R. O.: The multinational empire. Nationalism and National Reform in the Habsburg monarchy 1848—1918. 2 Bde. New York 1950. Deutsch: Das Nationalitätenproblem der Habsburger Monarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. 2 Bde. Graz-Köln 1964. — Ders.: Das Habsburgerreich. Entstehung und Auflösung. Graz-Köln 1962.

- K o h n , H.: The idea of nationalism. A study in the origins and background. New York 1961. — D e r s.: Nationalism and Internationalism in the nineteenth and twentieth centuries. Wien 1965 (Rapp. du XII. Congrès Intern. des Sciences Historiques 1).
- M o m m s e n , H.: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Bd. 1. Wien 1963.
- R e d l i c h , J.: Das österreichische Staats- und Reichsproblem. 3 Bde. Leipzig 1920—1926.
- R e d l i c h , O.: Das Werden einer Großmacht. Österreich von 1700—1740. Brünn 1942.
- S u g a r , P. F.: The nature of the non Germanic societies under Habsburg rule. Slavonic Review 22 (1963) 1—30.
- W a n d r u s z k a , A.: Das Haus Habsburg. Wien 1956. — D e r s.: Österreichs politische Struktur. In: B e n e d i k t , H.: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz Josef Zeit. Wien 1958. Wichtige Analysen der politischen Strukturen. — D e r s.: Parteien und Ideologien im Zeitalter der Massen. In: S c h u l m e i s t e r : Spectrum Austriae. Wien 1976.
- W h i t e s i d e , A. G.: Austrian National Socialism before 1918. Den Haag 1962. — D e r s.: Industrial transformation, population movement and German Nationalism in Bohemia. ZfO 10 (1961) 261—271.
- W o l k a n , R.: Der österreichische Staatsgedanke im Zeitalter Franz Josefs. MIÖG Supplementband 11 (1929), hat erstmals die Reichsidee an den nationalen, sozialen und religiösen Inhalten gemessen.
- Z e m a n , Z. A. B.: The breakup of the Habsburg Empire 1914—1918. London 1961.